

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 21

Artikel: Der polnische Weg : einige Motive zum Vergleich der Jahre nach 1956 und nach 1970
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz

Der polnische Weg

Einige Motive zum Vergleich der Jahre nach 1956 und nach 1970

Mitten in einem resatellisierten und restalinisierten Osteuropa hat Polen nach den Arbeiterunruhen vom Dezember 1970 den Weg zu Reformen beschritten — trotz der Nähe des grossen Bruders. Durch eine überaus strikte Unterordnung in aussenpolitischen Dingen (die noch weitergeht als selbst zur Spätzeit Gomulkas) hat es sich die Bewegungsfreiheit zu einer beträchtlichen Liberalisierung im Innern erkauft, die erstaunlicherweise immer noch anhält. Zwar sind die Tendenzen zu einem Pluralismus in der öffentlichen Meinung, die man 1971 hatte beobachten können, abgebremst bis zurückgenommen worden, weil man das Ende des «Prager Frühlings» zu gut in Erinnerung hat, aber in sozialen und innenpolitischen Belangen strebt man vom diktatorischen Sowjetmodell weg (ohne das natürlich auszusprechen).

Nun war früher einmal der «polnische Weg zum Sozialismus» ein Begriff gewesen, geboren aus dem revolutionären «Oktober» 1956. Er hatte die Hoffnung auf einen Wandel der kommunistisch regierten Staaten in Richtung auf eine humane Gesellschaft verkörpert. Blüht sie wieder auf? In Polen hat man wieder eine gewisse Zuversicht, dass manche Dinge konkret besser werden. Aber dafür hat man unterwegs die Illusionen über die Wandlungsfähigkeit des Systems verloren.

Die heutige polnische Entwicklung zeigt sowohl Ähnlichkeiten wie auch Unterschiede zur Entwicklung nach dem «polnischen Oktober 1956». Beide Male wurden revolutionäre Unruhen durch eine neue Führungsspitze aufgefangen; damals holte man Gomulka aus dem stalinistischen Gefängnis, und 14 Jahre später war Gieriek der rettende Mann.

Beide Male ging es in vitaler Weise darum, den Neubeginn vor einer sowjetischen Intervention abzusichern: 1956 geschah es in einer Verbindung von Verteidigungsbereitschaft und Beschwichtigung. Marschall Spychalski liess seine Truppen vor der Hauptstadt gegen die aus der DDR bereits vorgerückten Verbände auffahren, während Gomulka in mühsam zustande gekommenen Kontakten die Moskauer Führung von der Sowjettreue des Landes überzeugte; den Ungarn sollte im gleichen Monat diese ebenfalls versuchte Kombination nicht gelingen: die Sowjets schlugen ihre Revolution militärisch nieder.

Inwieweit Polen 1970 eine sowjetische Invasion unmittelbar drohte, ist nicht bekannt, aber jedenfalls war man durch das Beispiel der Tschechoslowakei von 1968 gewarnt, wo sogar eine gewaltlose sozialistische Erneuerung die UdSSR zum bewaffneten Eingreifen veranlasst hatte, gefolgt von einer systematisch gesteigerten Abrechnung mit reformerischem Gedankengut und allen seinen Trägern.

Sowohl im Polen nach 1956 als auch im Polen nach 1970 setzte ein neuer Kurs ein. Jedoch dauerte der sogenannte «eigene polnische Weg zum Sozialismus» als Fortentwicklung nur bis zum Beginn der sechziger Jahre. Darnach nahm Gomulka die Errungenschaften des «polnischen Oktobers» schrittweise zurück, vor allem was die erweiterten Freiheiten des Wortes und den Impetus einer sozialistischen Wiedergeburt betraf. Die letzten Jahre seiner Aera standen im genauen Gegensatz zu den Versprechungen seiner ersten Jahre, und die brutale Repression der Studenten-

unruhen vom März 1968 waren nur ein Ausdruck dafür, dass der zurückgelegte Weg nicht von der Diktatur weg, sondern in die Diktatur zurückgeführt hatte.

*

Diese Erfahrung erklärt, warum der Neubeginn unter Gieriek nicht mehr unter den Vorzeichen einer allgemeinen Aufbruchstimmung und dem Gefühl einer geschichtlichen Wendung stehen konnte wie damals unter Gomulka. Man hat Skepsis gelernt, und die fast unbegrenzten Erwartungen auf Veränderungen von damals haben begrenzten Hoffnungen auf Erleichterungen und Verbesserungen Platz gemacht.

Dazu kommt — vielleicht als Hauptfaktor — die «internationalistische» Einbettung. Die Entstalinisierung und die Tendenz zum Polyzentrismus während der «Chruschtschewschina» begünstigten grundsätzlich reformerische Bewegungen innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion. Die jetzige Restalinisierung mitsamt ihrem Monozentrismus (Breschnew-Doktrin) steht osteuropäischen Eigenentwicklungen durchaus entgegen. Auch hier ist der Fall der CSSR, die sozusagen mit Verspätung in der allgemeinen Richtung des 20. und 22. KPdSU-Kongresses weitergegangen war, symptomatisch. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei bedeutete gleichzeitig eine Absage an die sowjetischen Tendenzen zuvor. Zu einer zweiten Auflage des «polnischen Oktobers» fehlten 1970 also nicht nur die nationalen, sondern vor allem auch die internationalen Voraussetzungen.

*

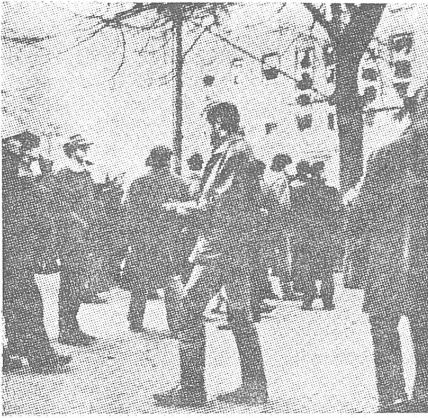
Allerdings war die polnische Führung unter Gomulka durchaus noch in den «besten Jahren» ganz ausdrücklich bestrebt, dass der Begriff des «polnischen Oktobers» kein zu grosses Eigen-gewicht erhalten und vor allem nicht als Gegenmodell zur Sowjetunion verstanden werden sollte, und hier liegt vielleicht ein Unterschied zur späteren tschechoslowakischen Betonung des «Januarurses» (von 1968). 1958 schon polemisierte die massgebliche Warschauer Parteizeitung «Trybuna Ludu» (TL) gegen die parteilose Intellektuellen-Zeitschrift «Polytika», die für den Geschmack der Parteileitung zuviel in den Begriff des «Oktobers» hineinlegte: «Der ‚Oktober‘ wird zu einer Mythologie, zu einem idealisierten Begriff, zu einer Abstraktion. Eine solche Stellungnahme der Parteintelligenz erschwert den Kampf gegen die Feinde des Sozialismus und führt zur Verlegenheit in den Reihen der Partei». (TL 18. 5. 1958).

Wie das heute mögliche Spektrum kleiner geworden ist, zeigt zum Beispiel die Tatsache, dass heute die gleiche «Polityka», die wiederum innerhalb der Presse den liberalen Flügel vertritt, Stellung gegen die Arbeiterautonomie bezieht, die (zusammen mit der landwirtschaftlichen Reprivatisierung des Bodens) eine der markantesten Neuerungen des «polnischen Oktobers» gewesen war.

Tatsächlich hatte man 1956 eine gewisse Selbstverwaltung der Arbeiterräte geschaffen, welche das Mitspracherecht der Belegschaften garantieren sollten. Allerdings entzog man ihnen ab 1958 stufenweise jegliche Möglichkeit, auf die Betriebsleitungen Einfluss zu nehmen, und die formell beibehaltenen Arbeiterräte funktionierten als blosse Befehlsübermittler der Direktion, so sehr, dass 1970 bei den Streiks an der Küste



Der «polnische Oktober» hatte sein «Vorspiel» im Aufstand von Posen, der niedergeschlagen wurde. Ein Bild vom 29. Juni 1956: Demonstrierende Arbeiter führen eine polnische Fahne mit sich, die sie mit dem Blut eines Buben getränkt haben, der während der Unruhen umgekommen ist. Insgesamt gab es 38 Tote und 270 Verletzte.



Dezember 1970 in Gdansk: Das ausgebrannte Wojewodschaftsgebäude der Partei. Die Wut der Arbeiter richtete sich gegen das, was das System repräsentierte.

spontan sofort neue Arbeiterräte gebildet wurden, die man allerdings wieder aufgelöst hat.

Nun liess die «Polityka» (Beilage zur Nummer vom 30.9.1972) verschiedene Intellektuelle über dieses Thema zu Wort kommen, und ihre Meinung war einheitlich und eindeutig: Die Arbeiterautonomie (wie übrigens auch andere Form von Selbstverwaltung) dürfe nicht extensiv interpretiert werden; sie habe die Zentralisation der Entscheidungen nicht zu erschweren und dürfe die Betriebsleitung und die zentralen Organe nicht stören. Das kommt nahezu auf folgendes heraus: Die Arbeiterautonomie darf soweit existieren, als sie Fiktion bleibt und nicht funktioniert.

An diesem Testfall der vielleicht repräsentativsten Errungenschaft des «Oktobers» zeigt sich der Unterschied zu damals ganz gut: die visionären Elemente einer «sozialistischen Erneuerung» fehlen heute ganz einfach. Unter den heutigen Bedingungen fehlt wohl auch der Glaube an die Möglichkeit zu einer echten sozialistischen Weiterentwicklung überhaupt (symptomatisch sind in dieser Beziehung die Diskussionen von Zeitungslesern und vor allem von Mittelschülern, die wir in der letzten Nummer veröffentlichten).

*

Damals wie heute war der Beginn einer neuen Ära mit einer Säuberung der Partei verbunden, die aber nach 1956 viel weiterging und bis 1958 zum Ausschluss von 206 000 Kommunisten führte. Die Veränderungen von 1971 und 1972 waren von kleinerem Ausmass, wenn auch ihre qualitative Wichtigkeit nicht zu übersehen ist. Vor allem konnte sich die neue Führung gegenüber dem Sicherheitsapparat durchsetzen, der in der späteren Gomulka-Ära die brutalste Repression verkörpert hatte.

*

Sehr viel fassbarer und sozusagen handgreiflicher als heute war damals das Generationenproblem. Die Zahl der Parteimitglieder unter 25 Jahren sank bis 1958 von zuvor 128 000 auf 20 000, obwohl die Partei gerade in jener Zeit eine ausgesprochene Kampagne zur Verjüngung ihrer Bestände führte. Dagegen hat sich in der altersmässigen Zusammensetzung der Partei vor und nach 1970 praktisch nichts verändert.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Die polnischen Arbeiterheime

Von allen osteuropäischen Ländern lässt Polen den öffentlichen Medien die weitaus grösste Freiheit zur Darlegung der konkreten sozialen Zustände im Lande. Ohne Schönfärberei werden insbesondere die Wohnverhältnisse geschildert, deren Verbesserung seit Gierek weit vorne auf der Prioritätenliste rangiert.

Zu diesem Thema gehören auch die speziellen Verhältnisse in Alterssiedlungen, Schülerheimen usw. Und wie wohnen in einem «Arbeiterstaat» denn die Arbeiter? Für sie gibt es in Polen 2500 meist werkeigene Arbeiterheime, in denen zurzeit 185 000 Personen einquartiert sind. Die Warschauer Zeitung «Slowo powszechne» (17. August 1972) hat eine Untersuchung von Janusz Weiss veröffentlicht, die den Zuständen auf diesem Sektor gewidmet ist. Er geht von einem konkreten Fall aus, bei welchem der Heimleiter entlassen wurde, nachdem das Haus nicht geheizt und die Bettwäsche nicht gewaschen worden war. Und doch, bemerkt der Autor, sei das nicht einfach eine personelle Frage gewesen. Der Mann habe Hochschulbildung gehabt und sei voll guten Willens gewesen. Die gegebenen Verhältnisse seien für ihn einfach nicht zu meistern gewesen, und deshalb bestehe auch nach der Umbesetzung keinerlei Garantie für eine dauerhafte Verbesserung. Die Suche nach Sündenböcken mache die Sache eben grundsätzlich nicht besser. Man habe in Polen ganz generell das Problem der Arbeiterheime vernachlässigt und könne es jetzt nicht so rasch lösen.

Darnach gibt «Slowo powszechne» eine Uebersicht über die polnischen Arbeiterheime, die folgende Angaben enthält:

Heute werden in diesen Wohnheimen die Plätze hauptsächlich langjährigen Arbeitern zugeteilt. Der Bedarf ist enorm, die Möglichkeiten zu seiner Deckung sind hingegen gering. Neben den langjährigen Arbeitern wird auch ein bedeutender Teil der neu aufgenommenen Arbeiter in diesen Quartieren untergebracht.

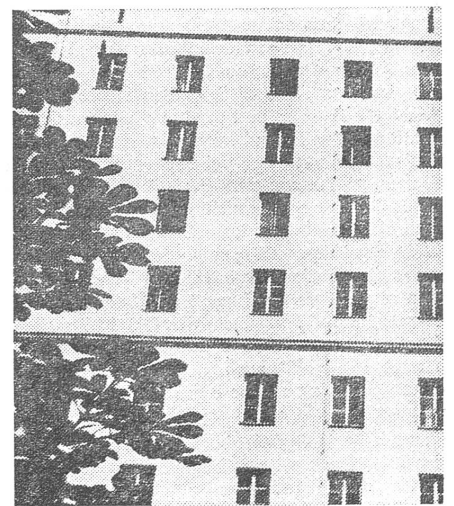
Im Lande gibt es 2300 Arbeiterpensionen. Die Hälfte sind Objekte, die nicht unter Berücksichtigung ihrer späteren Verwendung als kollektive Wohnräumlichkeiten gebaut wurden. Jedes dritte Heim ist in Baracken untergebracht, jedes fünfte in Räumlichkeiten, welche für diesen Zweck adaptiert wurden, aber mit provisorischem Charakter. Jedes fünfte Heim ist in alten Häusern eingerichtet. Es hat auch Objekte — wenn auch nicht viele —, in denen es nicht einmal Elektrizität, Wasserleitung und Kanalisation gibt. Jedes vierte Objekt hat keine Zentralheizung, ebenfalls jedes vierte kein warmes Wasser.

Unter den etwa 185 000 Bewohnern der Arbeiterheime wohnen kaum 4 Prozent in Einzelzimmern, und nur jeder fünfte in Zweibettzimmern. Die übrigen wohnen in Zimmern mit vielen Insassen. Mehr als 60 Prozent der Heimbewohner leben zu dritt oder zu viert in einem Zimmer, 13 Prozent aber in Räumlichkeiten, die mit fünf, sechs und noch mehr Leuten belegt sind. Jedes fünfte Heim hat keinen Versammlungsraum, mehr als die Hälfte der Heime haben nicht einmal die bescheidenste Bibliothek, mehr als 90 Prozent der Arbeiterpensionen haben keine Arztzimmer, über 95 Prozent keine Werkküche. Die Arbeiterheime bilden einen sehr wichtigen Abschnitt der Bauindustrie und der allgemeinen Industrie.

Wie ein neuer, moderner Palast sieht ein Arbeiterwohnheim in Jaworznia-Szczakowa aus. Es gibt hier 480 Betten. Theoretisch dürfen hier nur Arbeitnehmer der Bauindustrie wohnen, ausnahmsweise und für kürzere Zeit auch andere Arbeitnehmer, sogar Touristen.

In der jetzigen Fünfjahresperiode soll ein weiteres Arbeiterheim mit 250 Betten erstellt werden. Dieses Objekt soll einen Versammlungsraum und einen Klub verbunden mit Kaffeestube, Speisesaal, 2 TV-Räume, Spielzimmer, Bibliothek und Lesesaal, Ambulanz, zwei Isolatoren usw. haben. Das Hotel wird eine Eingangshalle bekommen; es hat Lifts, 123 Zimmer (je 41 in den drei Stockwerken), 16 Waschräume usw. Dieses Wohnheim ist eines jener Objekte, die einem imponieren und die als Muster gelten können. Aber auch in diesem Arbeiterheim ist nicht alles in Ordnung. Die Zimmer sind eher klein: 4,5 auf 3,5 m, d. h. 16 Quadratmeter Fläche. Sie werden aber für vier Personen geplant, und auch in Wirklichkeit hat jedes Zimmer vier Bewohner. Auf einen Bewohner entfällt also eine Wohnfläche von nicht ganz 4 Quadratmeter, obwohl 7 Quadratmeter als Minimum gilt. Nach der Norm sollten diese Zimmer Doppelzimmer sein, und die Bettenzahl im Heim wäre auf die Hälfte, von 480 auf 240, zu reduzieren. Aber das ist nicht möglich, weil die Bauindustrie ohnehin zuwenig Wohnplätze zu vergeben hat.

Könnte man in die Zimmer weniger Bewohner einquartieren, so liesse sich auch das kulturelle Niveau der Heime erhöhen, und die allgemeine Atmosphäre wäre besser. Das erwähnte Wohnheim in Jaworznia-Szczakowa gilt für die Mehrheit der Bewohner nur als vorübergehendes «Absteigequartier». Kaum 10 bis 15 Prozent der Bewohner wohnen hier länger als ein Jahr. ■



Studentenheim der Universität Warschau. (Photo: Michael Przewrocki, Birsfelden).

Soeben ist bei uns das neue Buch erschienen:

H. CHRISTOF GÜNZL

NEUE POLITIK AUS NEUEM DENKEN

Schritte der Annäherung an eine neue politische Philosophie
mit einem Geleit von Leo Gabriel
159 Seiten, snoline, öS 107,-

Dieses Werk enthält eine Sammlung von zwanzig Aufsätzen Günzls aus den vergangenen zwölf Jahren, in denen der Autor versucht, die Grenzgebiete zwischen Philosophie und Politik auszuleuchten, wobei er eine philosophische Denkweise anwendet, die als Integrales Denken bezeichnet worden ist. Die Arbeiten stehen im Zusammenhang mit den jeweils akut gewesenen politischen Problemen. Retrospektiv betrachtet, scheinen sie nun zu beweisen, dass das Integrale Denken nicht nur politische Zusammenhänge und Schwerpunkte klarer sichtbar, sondern auch Entwicklungstendenzen frühzeitig erkennbar macht und dadurch Prognosen ermöglicht.

In dem von Univ.-Prof. DDR. Leo Gabriel, Vorstand des Philosophischen Instituts der Universität Wien und Präsident der Weltvereinigung der Philosophischen Gesellschaften, verfassten Geleitwort wird es als besonderes Verdienst Günzls hervorgehoben, dass er sich den Impuls des neuen Denkens intensiv zu eigen gemacht und in allen Bereichen der geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problematik der gegenwärtigen Situation, insbesondere im eigenen Land, zur Darstellung gebracht hat. Durch Günzl werde eine Verwirklichung der Einheit von Philosophie und Politik vollzogen.

**Sozialpolitische Zeitschriften-Verlagsgesellschaft
M. Tröstler & Co**

A - 4021 Linz, Christian-Coulin-Strasse 13, Postfach 324, Tel. (072 22) 5 45 50

Der polnische Weg

(Fortsetzung von Seite 7)

Dieses äussere Indiz reflektiert die jeweiligen Zustände. Nach 1956 gab es eine richtiggehende Front zwischen alt und jung; die Auseinandersetzung zwischen den Generationen war eine Dominante der öffentlichen Diskussion, und sie ergab auch ein lebhaftes Seilziehen innerhalb der Partei, der Betriebe und der verschiedenen Organisationen. Die Jugend erschreckte die alte Funktionärsgarde mit ihrer vehement vorgetragenen eigenen Auffassung vom Sozialismus. Heute ist dieser Gegensatz zwar nicht ganz abwesend, aber auch nicht bestimmend. Die Studentenrevolte von 1968 war niedergeschlagen worden, und 1970 waren es die Arbeiter, die handelten. Generell kann man sagen, dass die Jugend im Unterschied zu damals darauf verzichtet, die Glaubwürdigkeit des Sozialismus durch eigene Initiative sowohl herauszufordern als auch wiederherzustellen; der Glaubensanreiz zu einer Rebellion fehlt.

Wie sehr Resignation im Grundsätzlichen, Skeptis und Ungläubigkeit die Denkweise jedenfalls der intellektuellen Jugend dominieren, haben wir letztes Jahr anhand einer Publikation von «Student» (Warschau) mit einer Auswahl an Stimmen polnischer Studenten gezeigt (ZB Nr. 18/

1971). Die freie Aussprache in den öffentlichen Medien ist seither unter dem Druck des «grossen Bruders» begrenzt (aber immerhin nicht aufgehoben) worden; sie liess aber einen echten Einblick in die Entideologisierung der Jugend im Osten zu, der im krassen Gegensatz zur Ideologisierung im Westen steht. So lebt man sich auseinander, während man im Gespräch mit ausgesprochenen Nicht-Repräsentanten jener östlichen Jugend vermeint, einander näher zu kommen; eine der grossen Illusionen unserer Zeit.

Im übrigen beschränkt sich die abwartende Skepsis als geistige Grundhaltung keineswegs nur auf die Jugend, so dass in dieser Beziehung wenigstens kein Anlass zu einem Generationenkonflikt besteht. Schliesslich ist das Ausbleiben eines offenen Generationenkonflikts wenigstens mitzuerklären durch die aktive Versöhnungspolitik der jetzigen Führung, welche unter Verzicht auf frontbildende Verdammungsurteile über bestimmte Tendenzen oder Gruppierungen bestrebt ist, zunächst die Parteimitglieder und dann die Bevölkerung überhaupt auf eine pragmatische Reformlinie zu einigen, ohne den Leuten mehr Selbstverleugnung abzuverlangen, als zum Funktionieren eines kommunistisch regierten Staatswesens unerlässlich ist.

1957/58 bestand die grösste Spannung, welche die gesamte polnische Öffentlichkeit beschäftigte, zwischen dem Polnischen Sozialistischen Jugendbund und der Partei, eine Spannung, die man heute nicht oder nur am Rande beobachten kann. Die Zeitung der Jugendorganisation, «Po Prostu», musste eingestellt werden, und die kommunistischen Redaktionsmitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Was die Parteimitglieder betrifft, gibt es einen interessanten Unterschied zwischen damals und heute. Damals waren Parteileute sowohl zu Hause als auch in den Arbeitsstätten bemüht, ihre Parteizugehörigkeit zu verschweigen. Wie die zentrale Parteizeitung «Trybuna Ludu» am 10. Juni 1958 kritisch hervorhob, ergriff dieses Schamgefühl wegen der Parteimitgliedschaft sogar die Mitglieder der Parteikomitees. Die Belegschaft wusste vielerorts nichts über die Parteizugehörigkeit von Komiteemitgliedern.

*

Eines der wichtigsten Spannungsfelder war damals das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Vorübergehend wurde betont, die Religion sei für Parteileute eine private Angelegenheit, was aber bald nicht mehr galt. Parteileute wurden lediglich wegen öffentlicher kirchlicher Eheschliessung kritisiert und an eine andere Arbeitsstelle versetzt («Zolnierz Wolnosci», 8. 2. 1961). Im erbitterten Kampf gegen die Kirche wurden ihr die unmöglichsten Anschuldigungen gemacht: sie wolle die Bodenreform nicht anerkennen und die Bauern bewegen, die ihnen weggenommenen Felder zurückzunehmen; sie sei gegen die staatlichen Ehen; sie rufe die Staatsbürger auf, den Staat zu bestehen, da ein Diebstahl zwecks Befriedigung der Bedürfnisse der Familie kein Diebstahl sei (TL, 16. 8. 1958); sie weigere sich, die Nichtgläubigen zu beerdigen (TL, 6. 12. 1958). Im Kampf zwischen Staat und Kirche wandte Gomulka sogar die Strafjustiz an: Im September 1958 wurde zum Beispiel ein katholischer Priester zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er die Kanzel angeblich für die Verbreitung des Hasses gegen die Partei missbrauchte (TL, 9. 10. 1958).

Diese Spannung scheint in der Gierek-Aera beseitigt zu sein; auf jeden Fall ist sie dritt-rangig geworden.

*

Seit der Ablösung Gomulkas widmet die Partei den sozialen Problemen eine ziemlich beträchtliche Aufmerksamkeit; das war auch nach dem «polnischen Oktober» so. Nur die konkreten Forderungen verlagern sich ein bisschen. Damals verlangte man zum Beispiel im Wohnsektor hauptsächlich die Verbesserung der Schülerheime, heute der Arbeiterheime. Die Gewerkschaftszeitung protestierte 1961 dagegen, dass im Internat der Berufsschule von Koszalin (Köstlin) 6 bis 7 Personen in einem Zimmer mit 16 m² Fläche untergebracht wurden, dass für 95 Mädchen nur zwei Waschbecken zur Verfügung standen usw. («Glos pracy», 28. 2. 1961). Der Anfang 1961 abgehaltene 7. Kongress des Verbandes polnischer Pädagogen (Gewerkschaftsverband) protestierte dagegen, dass es Internate gab, in welchen pro Schüler ein Stuhldrittel entfällt, wo es keinen Wechsel von Bettwäsche gab, wo die Schüler eine Stunde warten mussten, bis sie einen Platz an einem Tisch bekommen. Die Flächen-

SAD-Jubiläum

In diesem Jahr begeht der Schweizerische Aufklärungs-Dienst (SAD) das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens. Wir wollen diese Institution mit ihren heute ausgesprochen aktuellen Aufgaben hier und in späteren Nummern durch Beiträge einiger ihrer Mitglieder vorstellen.

Entstehen, Wandel und Wachsen

Von Nationalrat Ernst Bircher,
Vizepräsident des SAD

In der Sektion Heer und Haus — deren damaliges Pflichtenheft mit jenem der heutigen Abteilung gleichen Namens nicht verglichen werden kann — hatte sich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs ein vielfältiges Kader von Referenten zusammengefunden: Professoren, Vorkämpfer der Erwachsenenbildung wie Fritz Wartenweiler, Offiziere, sozialdemokratisch orientierte Gewerkschafter ebenso wie Industrielle und Bauernvertreter. Viele dieser Männer kannten sich schon aus antinazistischen überparteilichen Organisationen, ein grosser Teil aus der «Aktion nationaler Widerstand». Als 1945 die Sektion Heer und Haus demobilisiert wurde, fanden diese Leute, die Aufklärungsarbeit im zivilen Sektor sollte auf freiwilliger Grundlage durch eine zu gründende Vereinigung weitergeführt werden.

Nach verschiedenen Zusammenkünften und Prüfung von mehreren Vorschlägen war es im Dezember 1947 so weit: Mit Geburtshilfe der NHG wurde der «Schweizerische Aufklärungs-Dienst» aus der Taufe gehoben. Die überparteiliche Grundlage wurde noch ausgeweitet; man gewann

ausserhalb des Kerns der ehemaligen H. + H.-Referenten führende Männer aus verschiedenen Lagern.

Der erste Leitende Ausschuss war entsprechend zusammengesetzt. Da trafen sich der Verleger und der Professor mit Frauenvertreterinnen (die Frauen haben im SAD stets eine aktive Rolle gespielt) der beiden grossen Konfessionen, mit dem Gewerkschaftsfunktionär sowie dem Chefredaktor einer sozialdemokratischen Tageszeitung. Diese breite Basis in der Leitung — bei allen personellen Veränderungen — blieb übrigens über die ganzen 25 Jahre erhalten.

Die neue Gruppierung dachte nicht daran, die bestehenden politischen Interessengegensätze zu leugnen oder zu verharmlosen. Sie wollte neben der Lieferung von Information über die Weltlage jedoch dazu beitragen, dass unsere Probleme im Sinne gegenseitigen Respekts ausgependelt und ausgetragen würden. Das Ziel war das Bewusstmachen der Grundlagen unseres Staatswesens, die Vermittlung sachlicher Information zur Anregung eines echten Gesprächs über den Ausbau unserer demokratischen Einrichtungen, die Immunisierung des Volkes gegen den Totalitarismus.

Der Nationalismus war überwunden, aber «Väterchen» Stalin hatte seine Biedermannsmaske abgelegt. Der sowjetische Imperialismus bedrohte Europa — er erweiterte sein Territorium und schaltete die in seinen Machtbereich geratenen Länder gleich. Kaum hatte der SAD seine Arbeit aufgenommen, fand der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei statt. Der Zugriff auf Westberlin scheiterte dann. Es ist klar, dass aufklärende Tagungen über die Entwicklung grosses Interesse fanden.

Dass zu jener Zeit vorab Abwehrreflexe im Vordergrund standen — der Ausdruck «geistige Landesverteidigung» wurde damals noch nicht belächelt — ist wohl verständlich. Doch wur-

den schon damals unsere sozialen Probleme, wie sie sich in der Nachkriegszeit ergaben, immer wieder in offener Weise behandelt.

Dann starb Stalin. Nach Chruschtschews Rede sahen viele einen Silberstreifen am Horizont. Die Stichworte Ostberlin, Ungarnaufstand, Kuba zeigen, wie rasch er erlosch. Innenpolitisch begann die Atomdiskussion («lieber rot als tot», Chevalier-Initiativen usw.). Darüber hinaus finden wir jedoch als Tagungsthemen das Bergbauernproblem, die wirtschaftliche Lage, die Bedeutung der Parteien im demokratischen Staat, die Frage «Was haben wir zu verteidigen?».

Dass in den letzten Jahren Fragen, wie das Schisma China—Sowjetunion, Vietnam, Dienstverweigerer, Arme, APO, Integrationsprobleme im SAD, zur Diskussion standen, versteht sich wohl von selbst. Das Abwehrende ist heute jedoch in den Hintergrund getreten — ohne überflüssig geworden zu sein —, und im Vordergrund steht vermehrtes Studium von allgemeinen Gegenwarts- und Zukunftsproblemen unseres Landes.

Der SAD macht nicht in «bequemem Konformismus». Er ist weder ein Organ der Armee noch ein solches des Bundesrates, er ist unabhängig. Er ist auch kein Gremium von immer noch in der Igelstellung der vierziger Jahre Verharrenden — allerdings auch keines von Illusionisten. Er weist einen sehr günstigen Altersdurchschnitt auf, das heisst er zählt sehr viele Junge in seinen stets wachsenden Reihen. Auch Frauen — ich sagte es schon — wirken seit jeher aktiv mit. Eine Massenorganisation will der SAD nicht werden.

Ich bin bewusst etwas näher auf die Herkunft des SAD eingegangen, denn auf diese Herkunft darf er stolz sein. Heute ist er eine lebendige, sehr modern und aufgeschlossen geführte — und meiner Meinung nach höchst notwendige — Organisation. ■

norm in den Internaten wäre 4,5 m² in den Schlafsälen pro Person, was aber nicht eingehalten werde («Głos pracy», 18./19. 2. 1961). Diese Art von Kritik an sozialen Missständen ist unter Gierék vorrangig geworden; siehe unser Beispiel über die Arbeiterheime auf Seite 7.

*

Auch damals war die Kaderpolitik eine der brennendsten Fragen. Man wollte einerseits das intellektuelle Niveau der Direktoren heben, andererseits die unzähligen Missbräuche verbrecherischer Funktionäre bekämpfen. In der Posener Wojewodschaft waren 1959 rund 21 Prozent der Täter bei Wirtschaftsdelikten Betriebsdirektoren und Vizedirektoren (TL, 13. 6. 1959). 1959 wurde sogar die Photo eines flüchtigen Betriebsdirektors in den Zeitungen veröffentlicht (TL, 10. 10. 1959). Heute scheint jedoch diese Frage nicht so aktuell zu sein wie seinerzeit (oder die Fälle werden besser vertuscht als damals, als die «Volkskontrolle» erfolgreicher funktionierte). Damals kamen Fälle vor, dass Vorbestrafte als Wirtschaftsleiter ernannt werden konnten, da die Evidenzführung nicht gut funktionierte (z. B. TL, 28. 12. 1959). Heute lernte man von der damaligen Praxis: das Binnenhandelsministerium setzte 1959 15 600 Personen auf die Liste der wegen Missbräuche Entlassener; oft wurden die Funktionäre aber aufgrund gegenseitiger Vereinba-

rung bzw. auf eigenen Wunsch entlassen, wodurch sie nicht in die Liste eingetragen wurden und erneut in führende Posten eingesetzt werden konnten (TL, 30. 12. 1959). Auch 1960 beschwerte sich die Parteipresse, dass bei der Bekleidung führender Posten keine Information vom Register der Verurteilten im Justizministerium verlangt wird. Einem Vizedirektor, der aus dem Gefängnis kam, wurde zum Beispiel folgendes Zeugnis ausgestellt: «Er hat sich als Werkträger über hohes intellektuelles Niveau und über ein gutes sozialistisches Verhältnis zur Arbeit ausgewiesen.» (TL, 6. 2. 1960.)

Heute steht die Kaderpolitik wieder ausgesprochen lebhaft zur Diskussion (siehe ZB Nr. 16/1972, «Neue Kaderpolitik in Polen»), aber es geht jetzt weniger um den Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung als vielmehr um die Frage der Qualifikation für höhere Posten, um das ganze als erneuerungsbedürftig hingestellte Ernennungs- und Ablösungswesen. Die Abrechnung mit dem verbrecherischen Treiben bei den «Höheren» wird kleiner geschrieben, aber dafür untersucht man systematischer die Möglichkeiten zur Entfaltung und Kontrolle der Personalpolitik insgesamt. Von grösster Wichtigkeit ist hierbei der bereits eingetretene Abbau an Parteiprivilegien zugunsten von rein beruflichen Kriterien durch die Verkleinerung und Dezentralisierung der sogenannten Nomenklaturlisten (siehe ZB Nr. 16).

Weniger um Sündenböcke als um Gründe geht es bei der ganzen Kategorie der Wirtschaftsdelikte (für die in der Spätzeit Gomulkas einige Todesurteile ausgesprochen wurden). Man fragt sich mit einigem Unbewegen, wenn auch meistens indirekt, wo hier die Grenzen zwischen der Schuld des einzelnen und der Schuld des Systems liegen. «Zycie Warszawy» (15. 6. 1972) sprach vom Fall eines staatlichen Geschäftes für Autozubehör, das dadurch auffiel, dass es die benötigten Ersatzteile tatsächlich auf Lager hatte, was verdächtig war und zur Aufdeckung einer grossen Diebstahlorganisation führte. Wenn irgend etwas so funktioniert, wie es sollte, verallgemeinert die Zeitung, so riecht es schon nach Diebstahl; der Markt brauche ihn anscheinend.

*

Die heutige «Erneuerungsbewegung» in Polen scheint nicht so demonstrativ zu sein, wie sie 1957 bis 1960 war. Die heutige Parteiführung und auch die Bevölkerung lernten vom «polnischen Oktober», von den Ereignissen in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968. Die heutigen Aktionen der Partei- und Staatsführung sind viel überlegter und begründeter. Emotionen werden heute sowohl oben wie auch unten vermieden. Die sachliche Berichterstattung scheint den für die Polen charakteristischen Elan und das Temperament nicht zur Geltung kommen zu lassen. ■